

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Braungart
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 13.06.2014

N i e d e r s c h r i f t

der 19. Sitzung des Ortsbeirates Rödgen
am Dienstag, dem 03.06.2014,
im Sitzungszimmer der Verwaltungsstelle Rödgen, Bürgerhaus, Bürgerhausstraße 1,
35394 Gießen-Rödgen.
Sitzungsdauer: 19:30 - 21:25 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Herr Dieter Geißler Ortsvorsteher
Herr Jürgen Becker
Herr Werner Döring
Herr Kurt Seipp

Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:

Herr Christoph Thiel
Frau Ute Wernert-Jahn

Ortsbeiratsmitglieder der FW-Fraktion:

Herr Jürgen Theiß
Frau Elke Victor

Außerdem:

Herr Egon Fritz Stadtverordnetenvorsteher

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin

Von der Verwaltung:

Frau Judith Flacke Stadtplanungsamt

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 8. | Berichtsantrag Sanierung Sportplatz
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.05.2014 - | OBR/2205/2014 |
| 9. | Einfahrt zur Gartenanlage an der L 3126
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.05.2014 - | OBR/2206/2014 |
| 10. | Hundekotstationen
- Antrag der FW-Fraktion vom 21.05.2014 - | OBR/2208/2014 |
| 11. | Mitteilungen und Anfragen | |
| 12. | Bürgerfragestunde | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Ortsbeirates am 15.04.2014

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

3.1 Sanierung der Helgenstockstraße

Zur vorgesehenen Sanierung der Helgenstockstraße fragt **Herr Becker** nach dem aktuellen Planungsstand.

3.2 Verkehrsspiegel im Kirchenring gegenüber der Einmündung „Dreieck“; Stellungnahme des Magistrats vom 31.01.2013, OBR/0731/2012 und OBR/0732/2011

Da in der vg. Stellungnahme des Magistrats mitgeteilt wurde, dass eine neue Bewertung zum Ersetzen des Spiegels nach Abschluss der Straßensanierung erfolgen werde, fragt **Herr Becker** nun nach dem aktuellen Sachstand.

**4. Berichts Antrag Planungsvorhaben Baugebiet "In der Roos" OBR/2207/2014
- Antrag der FW-Fraktion vom 21.05.2014 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, dem Ortsbeirat die Ergebnisse der im Planungsvorhaben Baugebiet ‚In der Roos‘ der verschiedenen Fachämter erstellten Gutachten aus dem letzten Jahr unverzüglich mitzuteilen. Gleichzeitig bitten wir um die Informationen und Ergebnisse aus der Veranstaltung der Anliegerversammlung am 27.05.2014, welche durch das Vermessungsamt einberufen wurde mit dem Hinweis auf ein mögliches Baulandumlegungsverfahren.“

Begründung:

Die Begutachtung des Planungsvorhabens „In der Roos“ sollte gegen Ende des letzten Jahres bereits abgeschlossen sein. Bis heute liegt dem Ortsbeirat kein Bericht über die Ergebnisse der Gutachten vor.

Noch vor Information des Ortsbeirates über die weiteren Planungen und Sachstand der Ist-Situation wurde bereits eine Anliegerversammlung durch das Vermessungsamt einberufen. Die Einladung mit dem Hinweis auf ein Baulandumlegungsverfahren hat viele Anlieger verunsichert. Hier sollte schnellstens eine Aufklärung und aktueller Sachstand auch für den Ortsbeirat erfolgen.

Nachdem der Antrag von **Frau Victor** vorgetragen wird, wird kurz darüber diskutiert. Auf ihren Antrag hin, werden die Aussagen von Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich wörtlich protokolliert.

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Es ist heute dann doch die ungewöhnliche Situation, dass tatsächlich ein Teil des Berichtes jetzt heute schon gegeben wird, vor dem Hintergrund, dass, ich denke es ist sinnvoll, dass die Information, die jetzt erstmal die Anwohnerinnen und Anwohner erhalten haben, da bitte ich um Verständnis drum, dass es unglücklicher gewesen wäre, wenn die Informationen erst an den Ortsbeirat gehen, Frau Victor, dann hätten die Anwohnerinnen und Anwohner nicht ganz zu unrecht gesagt: ‚Wie kommt ihr dazu, diese Planungen erst im Ortsbeirat vorzustellen‘, von daher glaube ich, ist das jetzt in der Abfolge ganz richtig. Denn die Anwohner /Eigentümer sollten schon erste Informationen erhalten, und dann der Ortsbeirat. Denn es sind ja keine Fakten geschaffen, denn es sind ja nur Informationen über ein -sozusagen- Entwurfsvorhaben. Vor diesem Hintergrund haben wir heute die Präsentation mitgebracht, die Frau Flacke jetzt hier vortragen wird. Ich bitte auch um Verständnis, dass so zu sagen Details aus der Anwohnersammlung, das sind ja Eigentümerinteressen, nicht gegeben werden

können. Denn dazu müsste man erstmal die Eigentümer befragen. Gleichwohl möchte ich dann heute auch schon, wenn Fragen auftauchen, die Allgemeinen beantworten. Vor allem wie das weitere Verfahren wir uns vorstellen. Ich denke es ist gut, wenn wir dann in die Debatte einsteigen, wenn die Präsentation vorgetragen ist. Denn ist gibt ja Fragen und Bedenken, dass ist immer im Planungsverfahren so. Wie wir uns dann so zu sagen vorstellen, hier gemeinsam weiter vorzugehen. Ich denke das können wir dann am besten nach der Präsentation machen, damit erstmal alle darüber informiert sind, was überhaupt geplant ist. Denn das war ja in der Presse bisher noch nicht zu entnehmen.“

Frau Victor:

„Ich würde nur gerne bitten, dass man das eben auch zweigeteilt sieht, wie diese Antrag auch zweigeteilt ist, das ist zum Einen der Bericht von den Gutachten, die von den Fachämtern gestellt worden sind, denn ohne das, oder wenn gravierendes gefunden wäre, hätte das Stadtplanungsamt sicher nicht weiter geplant, gehe ich mal davon aus, vermute ich einfach mal, denn das wäre ja sonst gegenläufig gewesen, und das zweite ist ja dann die Information, da spricht dem ja nichts dagegen, dass die Frau Flacke uns das vorträgt.“

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Da muss ich jetzt doch noch ein Stück widersprechen. Weil, in einem Planungsverfahren werden nicht Teilgutachten und Planungen rausgegeben, das wird dann im Verfahren gemacht, das kennen Sie ja aus der Stadtverordnetenversammlung von den Bebauungsplänen, das ist nicht üblich und auch nicht problematisch, da Bebauungspläne voranzutreiben. Das ist aber kein Problem an der Stelle, denn da muss ich zu Recht sagen, dann würde man nicht weiter planen, wenn es so zu sagen, unüberwindbare Hindernisse gibt. Aber im Prozess ist es kein Problem wenn sowohl Anwohnerinnen und Anwohner und aber auch natürlich der Ortsbeirat und andere Träger öffentlicher Belange in aller Breite beteiligt ist. Es gibt ja auch keine Eile hier im Verfahren sondern, das ist jetzt eine erste Information eines Entwurfes. Wir sind überhaupt noch nicht im formalen Verfahren. Es gibt noch gar keine Einleitungsbeschluss, von daher, das ist jetzt wirklich so was wie „einfach mal präsentiert“ was man sich vorstellen kann.“

Frau Victor:

„Da muss ich dann doch nochmal was dagegen sagen, weil im letzten Jahr, also bevor diese, sag ich mal, Kartierungen, gewonnen haben, hat man uns hier im Ortsbeirat zugesagt, wenn dieses Verfahren abgeschlossen ist, dass man dann dem Ortsbeirat gegenüber Bericht erstattet. Das Jahr ist ja jetzt nun rum, wir haben ja jetzt schon Mitte des zweiten Jahres und wir haben ja immer noch keine Ergebnisse von dessen, was dort erkundet worden ist. Und um das geht es jetzt zum einen Teil. Das zweite, was mit der Planung als solches zu tun hat, ist ja dann erst der weitere Schritt.“

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Nee, das funktioniert nicht so in dem Bauleitverfahren. Wir sind halt jetzt schon ziemlich spät. Wir haben keine Eile, weil es ja keinen Druck gibt. Und wenn wir einen Einleitungsbeschluss haben und das die Sachen sind erstmal zusammengetragen, dann

gibt es erstmal das formale Verfahren. Dann werden alle Informationen rausgegeben, dann gibt es hier nochmal eine Anhörung sowieso im zweiten also es gibt mindestens noch drei Verfahrensschritte, wo auch der Ortsbeirat dann mit allen Unterlagen beteiligt wird. Aber wir müssen das aber schon formal korrekt machen. Wir sind jetzt wirklich noch in einem ganz frühen Stadium und deshalb nur, weil wir denken, dass es gut ist, erstmal die Vorüberlegungen schon rauszugeben. Wirklich das ist ein ganz frühes Stadium des Verfahrens. Es gibt noch mindestens drei weitere Verfahrensschritte.“

Herr Becker:

„Vielleicht zur Verdeutlichung. Da hätte ich gerne mal gewusst, weil da ist ja eine gewisse Dissens zwischen ihnen und Frau Victor. Dass das jetzt erst soweit ist, das informiert wird, hat ja seinen Grund. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in der Stadtverwaltung man wissentlich monatelang die Sache hat schleifen lassen, sondern sie konnten nicht früher informieren. Weil noch nicht alle Informationen gesichtet waren oder Pläne fertig gestellt wurden. Ist das so? So ein stiller Vorwurf ist ja da, warum hat das so lange gedauert? Wir alle selber haben ja öfters in der letzten Sitzung danach gefragt. Es wurde uns dann gesagt, dass es uns sobald als möglich, es wurde in Erwägung gezogen so etwa im April frühestens dann halt spätestens Juli. Und ich denke, da gab es auch Gründe dafür, und das denke ich, sollte man auch noch mal ganz deutlich sagen, warum das jetzt erst möglich war und wie das dann jetzt unter die Leute gebracht wird.“

Frau Flacke informiert die Mitglieder anhand einer Powerpoint-Präsentation ausführlich über das Planungsvorhaben „In der Roos“ und beantwortet auftretende Fragen.

Auf Wunsch von **Herrn Thiel** wird die Präsentation dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Ich glaube es ist jetzt nochmal deutlicher geworden, dass ist aber zu Recht, z. B. Frau Victor, Herr Zippel könnte im Magistrat zu Recht zu mir sagen: ´wie kommen sie überhaupt dazu, so zu sagen, vor einem Einleitungsbeschluss überhaupt eine Vorüberlegung einer Planung herauszugeben. Dass das nochmal deutlich wird, dass es wirklich ganz ungewöhnlich ist, dass hier im Vorfeld eines Aufstellungsbeschlusses, das hier rausgeht. Gleichwohl, ich vermut mal, dass vielleicht die Presse auch Interesse hat an einem der Pläne, also wir werden das jedenfalls dem Protokoll dann beifügen.“

Frau Victor:

„Ja ich glaube mal, das war jetzt auch ein Teil von meinen gestellten Fragen bzgl. der Kartierungen. Zwar nur ein Teil, aber immerhin schon mal ein Ansatz, dafür danke. Das andere ist ja momentan natürlich in der Diskussion, gerade bei den Anliegern, wo es darum geht, wenn eine solche Beplanung, ich denke, wir sind uns hier im Ortsbeirat einig, Baugebiet für Rödgen sicherlich erforderlich und auch notwendig, aber die Frage ist: mit welchen Eigenschaften kommt es daher, wie belastet werden die Anlieger mit diesen zusätzlichen Gebühren, sind die Menschen, die derzeit Eigentümer dieser

freien Fläche sind, denn alle bereit ihre Grundstücke zu verkaufen. Gibt es da Schwierigkeiten, Abwägungen? Und ich denke, das ist natürlich dann auch eine große Diskussion, gerade bei den umliegenden Anliegern, die ja im Prinzip ihren Bestand haben, es alles eigentlich so ist, wie sie es gerne haben wollen, auch von ihren Grundstücksgrößen her, nicht bereit sind - zum Teil - das auch nicht teilen zu wollen, um da eine weitere Bebauung möglich zu machen. Die größte Sorge ist im Endeffekt, in wie weit kommt eine Planung dahingehend, dass es meinen Geldbeutel als Anlieger belastet, sei es durch die Straßen, 6 Meter 50 Breite, für den Schwarzen Weg als auch für die zweite Anliegerstraße. Ist ja eine Fläche, geht von meinem Grundstück da ein Teil ab? Muss ich was abtreten? Oder besteht die Möglichkeit, um solche Sorgen der Anlieger entsprechend auch zu minimieren. Das was an Fläche für Straßenversorgung, -entsorgung usw. gebraucht wird. Und diesem beplanbaren Gelände, wo man sagt, da ist die Zustimmung auch der Eigentümer zum Verkauf, auf diese Flächen umzulegen, um die derzeitigen bestehenden Anlieger gar nicht mit zu belasten und wie groß wäre die Fläche noch vorhanden, sag' ich mal von, wenn wir von der jetzigen Situation ausgehen, wer 'ne Zustimmung zum Verkauf der Flächen einfach gibt. Ich meine, dafür haben wir die Diskussion und ich finde es ja auch gut, dass es frühzeitig im Endeffekt angesprochen wird, mit den Anliegern wurde es besprochen. Frau Weigel-Greilich, ich denke, dass auch der Ortsbeirat, weil er sicherlich auch dazu, ja, gefragt wird, auch die Information dafür hier heute erhält, das finde ich ganz wichtig, aber sicherlich gibt es ja auch noch ein paar Fragen, die man in dem, in dieser Vorplanung auch schon mit berücksichtigen und vielleicht auch beantworten kann.“

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Diese Fragen, Frau Victor, werden wir im Verfahren beantworten. Ich möchte doch gerne noch mal ein paar allgemeine Worte schon sagen, denn, ich denke, was ganz verständlich ist, dass es jetzt Ängste gibt, Bedenken, gerade von Anwohnerinnen und Anwohnern, von daher ist es auch mein Bestreben, so zu sagen, diese größtmögliche Transparenz herbei zu führen. Und das können sie mir glauben, alles das wir an Informationen rausgeben können, das geben wir auch raus. Und ich möchte nochmal auch mal die allgemeinen Planungsziele der Stadt und auch die Vorteile für den Stadtteil hier hervorheben, die mit einer solchen Innenentwicklung verbunden sind. Wir haben allgemein in der Stadt, das ist so zu sagen, wir haben uns das ja so nicht einfach ausgedacht, sondern wir haben das Ziel, dass es Innenentwicklung vor Außenentwicklung gibt, es ist ja auch vorgegeben nach dem Baugesetzbuch, und wir haben das auch vor dem Hintergrund, dass das auch wirtschaftlich für alle Beteiligten letztendlich ist. Ich rede jetzt erstmal von den grundsätzlichen Planungen. Denn das konnten sie doch schon an dieser Übersicht sehen, dass es mitten im Ortsteil liegt, dass wir keine großartige äußere Erschließung brauchen. Das heißt also, die Kosten für die Erschließung sind bei der Innenentwicklung wirklich minimal. Also nur auf das Notwendigste beschränkt und es ist deswegen sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll. Denn unabhängig davon, das hatte ich mir schon fast gedacht, dass wir hier einen Ameisenbläuling finden, das haben wir in Kleinlinden ja auch an der einen Stelle gefunden, ist es auf jeden Fall mit Sicherheit deutlich, einfacher hier die Entwicklung voranzutreiben, wie in den anderen Bereichen, die auch, so zu sagen mal vor Jahren eigentlich vor Jahrzehnten in Frage standen. Denn das sind ökologisch viel, viel wertvollere Flächen. Das ist das Eine. Auch für die Gesamtheit sind auch Folgekosten

niedriger, denn, sie müssen sehen, das Ganze ist nicht nur die äußere Erschließung, also verkehrliche Erschließung, da hängt ja auch Kanal und andere Dinge dran, d. h. also, sie haben also letztendlich mit der gleichen Infrastruktur mehr Einwohnerinnen und Einwohner. Und das ist ja das Problem, wenn sie sonst so die Presse ein bisschen verfolgen, was wir ländlichen Raum haben, dass wir Riesenflächen haben, mit immer weniger Einwohnerinnen und Einwohner und einfach ein Finanzierungsproblem für die Bürgerinnen und Bürger über den Gebührenhaushalt, weil das sind die echten Gebühren, weil sie sie angesprochen haben, über die Gebührenhaushalte haben. Das ist so zu sagen vielleicht auch noch mal um im Hinterkopf zu behalten, weil sie müssen ja als Ortsbeirat auch nachher abwägen, wenn sei ein Votum nachher, es wird ja frühestens in einem halben Jahr dann soweit sein für den Vorentwurf, dann ein Votum dazu abgeben oder sich überlegen. Und wir sind uns doch sehr bewusst, der, problematisch will ich nicht sagen, aber doch größeren Herausforderungen, die wir an der Stelle haben. Wir haben mittlerweile im Stadtgebiet sehr viel auch Innenentwicklung herangebracht, diese Entwicklung waren dann aber alles mehr oder weniger Flächen, die einem Eigentümer schon gehört haben oder von der BIMA, also von der Bundesanstalt für Immobilien, an einen Investor veräußert wurden und wir konnten eine Gesamtplanung vornehmen, und diese Investoren haben auch erst einmal die komplette Erschließung finanziert. Und das ist hier natürlich nicht der Fall, weil hier muss ja auch die Stadt erstmal reingehen und dann auch die Eigentümerinnen und Eigentümer über Umlegungsverfahren beteiligen. Und insofern ist das natürlich auch erstmal eine größere Herausforderung, weil sehr viel mehr Eigentümerinnen und Eigentümer zu beteiligen sind. Und es ist auch klar, ich denke schon, und das ist ja, man hat sich ja im Vorfeld auch damit beschäftigt, dass die Mehrheit der Fläche will ich mal sagen, nicht der Eigentümer, es sind ja auch Eigentümergemeinschaften dabei, gerne möchte, dass die Flächen entwickelt werden sollen. Also die Größenordnung. Gleichwohl gibt es, aber das ist ganz verständlich, Anwohnerinnen und Anwohner, die nicht möchten, dass ihr Garten nicht, dass ihr Garten bebaut wird. Die auch sagen, sie möchten nicht, natürlich dann im Umlegungsverfahren dann beteiligt werden, also dann auch etwas dafür bezahlen müssen. Und diese Fragen, denke ich, müssen wir und wollen wir ganz zugeschnitten auf jeden Einzelfall im weiteren Verfahren behandeln. Denn was wir hier nicht wollen, nur damit das auch klar ist, auch noch mal, ich weiß nicht, ob das gestern oder das war ja letzte Woche Thema war, das wir hier nicht, wie in Allendorf, mit einer Bauverpflichtung arbeiten. Wir arbeiten ja in Allendorf mit einer Bauverpflichtung, weil diese Erschließung, die wir jetzt vornehmen ja für die Stadt Geld kostet, und wenn die Bauplätze lange nicht bebaut werden, ist das eigentlich für die Allgemeinheit nicht vertretbar. Wir haben dann ja auch nicht den positiven Effekt. Gleichwohl haben wir gesagt, wenn wir in Rödgen, wir möchten auch in Rödgen was machen, wir haben ja Probleme mit Kita und mit Grundschule und wir wollen auch in Rödgen etwas machen und wir werden hier kein Baugebot machen und wir werden hier auch darauf sehen, und das ist dann der Einzelfall nachher in der Umlegung, dass niemand gezwungen wird, dass sein Garten bebaut wird und wenn jemand, der das nicht möchte sagt, ich kann das alles nicht zahlen, dann gibt es ganz, ganz großzügige Ratenzahlungen z. B., die man dann vereinbaren kann. Also das heißt, wir werden überall Einzelfallregelungen machen und dann am Ende, wenn das mit allen besprochen ist, sehen, ob wir noch vernünftige Planungslösungen herbeiführen können und dann werden wir im Prozess dabei den Ortsbeirat natürlich beteiligen, aber auch im Interesse der einzelnen Eigentümer. Ich glaube auch nicht, dass alle Eigentümer

möchten, dass das dann hier in aller Breite besprochen wird. Da werden wir auch Rücksicht drauf zu nehmen haben. Das werden wir dann im Verfahren in der angemessenen und notwendigen und auch zulässigen Art hier im Ortsbeirat vortragen. Ich denke, so ist es ein korrektes Verfahren. Und wenn am Ende ggf. klar wird, es ist nicht umsetzbar, das ist möglich, dann wird es eben nicht umgesetzt, aber dann haben wir es versucht und es ist mein Anliegen, es gibt den Wunsch hier in Rödgen von Einzelnen, auch sind welche auf mich zugekommen, die sagen, wir möchten gerne in Rödgen bleiben und in Rödgen bauen, es gibt aber nichts mehr und vor dem Hintergrund habe ich gesagt, ich weiß dass es konflikthaft ist. Aber ich scheue jetzt auch nicht Konflikte, aber es ist klar, man macht diesen Prozess und wenn es am Ende keine Möglichkeit gibt, es sich dann so darstellt, dass es nicht umsetzbar ist, da wir der Ortsbeirat ja befragt werden und dann wird er auch mit zu entscheiden haben: soll es dann umgesetzt werden, oder nicht. Und dazu muss man aber das Verfahren machen. Also, da sehe ich keine anderen Möglichkeit. Denn in dieser Allgemeinheit kann ich keine anderen Antworten geben, als wie ich sie jetzt vorgetragen habe und jeder Einzelne wird zu seinem Recht kommen im Verfahren und wie gesagt, am Ende wird der Ortsbeirat an dieser letzten an der letzten Stufe, vor dem Satzungsbeschluss noch mal zu beteiligen sein und wenn dann klar wird: nein, wir wollen das nicht, dann lassen wir's dann eben sein. So denke ich mal, ist es das richtige Verfahren und müsste in aller Interesse sein.“

Frau Victor:

„Ich habe noch mal eine Nachfrage, Frau Weigel-Greilich, ich meine der, ein Bebauungsplan oder eine Baufläche für Rödgen wurde ja in erster Linie mit dem Hintergrund auch bestückt, dass eine Verbesserung der Infrastruktur erreicht werden soll. Bei den Planungen hier, die jetzt vorliegen, fehlt mir einmal eine Einkaufsmöglichkeit an Lebensmitteln und es fehlt mir auch irgendwo eine Möglichkeit für, ich sag mal, seniorengerechtes Wohnen. Wenn ich Infrastruktur verbessern möchte, das ist jetzt einfach nur eine Bitte, dann muss ich natürlich auch solche Sachen mit berücksichtigen. Ich glaube nicht, dass die Einheiten, die hier jetzt eingeplant sind, ich sag´ mal, auf lange Sicht, dazu beitragen, vielleicht nur mal punktuell und auch nur phasenweise, Kindergarten und Schule auch dauerhaft oder dauerhaft im Bestand zu sichern. Ja? Da spielen auch noch ganz andere Faktoren mit ´ne Rolle. Weil das ist ja, wenn die einmal diese vier Jahre durchlaufen haben in der Grundschule, die Kinder, die sind ja dann auch wieder weg. Also hier muss man ein bisschen was mehr verbessern. Wir haben innerhalb von Rödgen, wenn eine Innenraumverdichtung angesprochen wird, natürlich auch noch etliche mehr an Bauplätzen, die aber sicherlich nicht dieser Bauverpflichtung unterliegen, so dass die über Jahre hinweg immer noch frei stehen, wo ja auch mal Bauzonen eingerichtet wurden oder Bauflächen freigegeben wurden. Ich denke da nur an den Ruhbanksweg oder so, das ist ja nur ein Teil von Flächen, die wir noch zur Verfügung haben. Aber ich denke, wir müssen das alle mal ein bisschen sacken lasse, aber zu der infrastrukturellen Frage, da hätte ich also dann schon noch gerne auch vielleicht mal ´ne Antwort, ob man in diese Planungen dahingehend auch gedacht hat, weil das ist ja das, was uns hier in Rödgen in den letzten Jahren einfach immer weiter, ja, weggegangen ist.“

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Frau Victor, das wird im Verfahren sein, weil, da werden vielleicht Eigentümer, die Stellungnahme geben, das möchten wir mit unserem Grundstück machen. Weil, wir haben hier nicht ´ne freie Fläche, wie wir jetzt in Gießen geplant haben, wie sie es jetzt gewohnt sind aus der Stadtverordnetenversammlung, die einem Investor gehört, so wo wir ganz vielschichtige Interessen haben werden und wir können keinem hier vorgeben, das z. B. so eine Pflegestation gebaut wird. Das war mir bisher auch nicht bekannt, hab´ ich hier vor ein paar Wochen das erste mal mitbekommen, dass das wohl ein neues Konzept ist, das in überall, das ist aber auch in Stadtteilen oder in solchen Zonen, auch im städtischem Gebiet, so kleinere Pflege- will ich nicht sagen- so, nicht Generationen wohnen, sondern so barrierefreies altengerechtes Wohnen gemacht wird, wo Menschen, die im Stadtteil oder in der Umgebung gewohnt haben, nicht mehr in ihrer Wohnung leben können, weil Einkaufen, Stufen, was immer da hinderlich ist, da in diesem Wohnheim wohnen und auch mit einer ambulanten Pflege versorgt werden können. Das ist wohl ein neues Konzept, was im ländlichen Raum erst begonnen hat, was jetzt aber auch in Städten zunimmt, so quartiersbezogen um sich greift und wenn das dort jemand bauen möchte, im Verfahren eine Stellungnahme abgibt, dann ist das sicherlich kein Problem, höchstens ein bisschen wg. der Größenordnung, das hat ja Frau Flacke schön vorgetragen. Mehrfamilienhaus ist ein bisschen schwierig an der Stelle, das soll sich ja auch ins Ortsbild einfügen. Aber wenn man das als Sonderbau, das müsst ja dann ein bisschen größer schon sein, nehmen würde, und das gewünscht wird, ist das kein Problem. Nur wir haben eben hier die Situation, dass wir uns hier nicht irgendwie komplett was ausdenken, sondern in einem Dialog mit den Eigentümern und Anderen hier planen müssen. Das ist sozusagen der Unterschied zu den Flächen, die wir jetzt in der Stadt beplant haben, dass muss man mal sagen, das ist eine viel größere Herausforderung vor der wir hier stehen.“

Herr Becker:

„Also Grundlage der heutigen Diskussion und der Gespräche die am 27. Mai stattgefunden haben, ist ja ein Antrag im April des letzten Jahres, der SPD, und zwar, da geht es nicht um dieses Baugebiet, sondern um Baugebiete. Das ist nämlich was anderes. Der Antrag ist so gestellt worden. Und deshalb will ich da nochmal nachhaken, was Frau Flacke vorhin gesagt hat, die Innenraumverdichtung hat zwingende Richtung. Das heißt also, wenn man keine Innenraumverdichtungen machen würden, dann hat man schlechte Chancen, im Außenbereich zu bauen. Frau Weigel-Greilich, ist das so richtig verstanden?“

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Ja, das ist vom Grunde her, ich hab ja auch versucht in der allgemeinen Vorrede auch die Sinnhaftigkeit dessen, was ökologisch und ökonomisch für alle sinnvoll ist, darzustellen, weil es einfach, wir tunlichst da drauf achten, unsere Infrastruktur nicht zu erweitern, weil das ´ne Kostenfrage ist, für alle Bürgerinnen und Bürger, weil das alles ja über die Gebühren dann umgelegt, wird. Das ist der Hintergrund weshalb wir sagen: Wir machen in der Stadt Innenentwicklung und wir fahren, glaube ich damit auch gut, weil es ja allgemein, es ist ja schon immer so gewesen, dass wir leider nicht so ´ne große Gewerbesteuerinnahme haben, wie die Marburger, die ja sonst vergleichbar sind. Und deswegen müssen wir sehen, dass wir mit unseren Ressourcen,

ich sag mal so, sparsam damit umgehen auch mit unseren Flächen. Und dadurch, dass jetzt auch großes Interesse besteht in die Stadt zu ziehen, haben wir die Chance im Moment, dass auch die Erschließung von den Investoren übernommen wird, das, logischerweise, kann hier nicht passieren, weil das wäre ja absurd, weil nicht dieses massive Interesse der einzelnen Anwohner dann da ist. Aber es gibt das allgemeine Interesse hier im Ort. Und wenn das dann hier gemacht werden würde, wenn wir am Ende zu einem solchen Beschluss kommen, dann gehört ja dann doch das Meiste, ich glaube fast alles, privaten und dann wär's natürlich schon auch schön, wenn dann bauwillige Rödgener dann erstmal zum Zuge kommen, wenn das Bauland dann veräußert wird. Denn das ist schon klar, das weiß ich, ich kann und möchte jetzt natürlich auch nicht sagen, wer das ist, aber es wollen schon viele verkaufen und von daher denke ich, ist es auch gut, dass man hier für Rödgener, die hier bleiben wollen, die eben von den Bauflächen, die nicht veräußert werden, wo auch kein Baugebot drauf gelegt werden soll, dass die dann hier zum Zuge kommen können. Ich glaube das wäre ´ne sehr gute Sache für Rödgen.“

Frau Victor:

„Eine Frage habe ich nochmal. Wenn ich den Herrn Skib letzte Woche bei der Veranstaltung richtig verstanden habe, dann ist es ja wohl so, entgegen dem, was sie jetzt geäußert haben, Frau Weigel-Greilich, dass die Stadt im Endeffekt in erster Linie dieses Gelände aufkauft, im Endeffekt zu einem Rohbaupreis und eben die Planungen auflegt und dann eben von Seiten der Stadt dieses Gelände wieder verkauft. Also es ist ja nicht richtig im Endeffekt, wenn sie sagen, der Eigentümer der jetzigen Fläche bestimmt, was daraus gemacht wird.“

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Nein, das ist ein Umlegungsverfahren. Und wenn jemand ´ne große Fläche hat, dann kann er ja dann sozusagen selber Zugriff auf einen Bauplatz haben, minus der Umlegungsfläche - logischerweise - und dann sich überlegen, was er oder sie mit ihrem Bauplatz dann machen. Ob man es weiter als Garten behält, das ist ja auch offen, da wird es ja einige geben, und da haben wir auch, sagen wir, das ist in Ordnung, weil es eben ein Eingriff in bestehende Gärten ist oder sagt ich möchte es gerne veräußern, vielleicht an Verwandtschaft, Freunde, Bekannte und dafür gebe ich es auch her, also veräußere ich es, also das ist ja dann jedem unbenommen, wie er dann damit umgeht.“

Herr Becker:

„Ich muss noch mal nachfragen. Ist das so zu verstehen, dass unser damaliger Antrag ´Baugebiete´ zu prüfen, sich konzentriert jetzt, auf diese erste Möglichkeit und weitere Möglichkeiten, sie aus heutiger Sicht nicht gefunden haben. Sie haben es ja vorhin gesagt, es gab vor Jahren gab es Vorschläge, da hat man aber festgestellt, dass das nicht umsetzbar ist, daran hat sich offensichtlich nichts geändert. Weitere Möglichkeiten, wo auch immer, haben sie auch, momentan können sie momentan nicht angehen. So dass sie als erstes, diese Möglichkeit der Innenverdichtung heute prüfen und vorstellen. Mehr ist es ja nicht. Es ist ja nur eine Vorstellung. Alles andere, was den einzelnen Bürger oder Anlieger vielleicht beunruhigt, sind Dinge, die in persönlichen Gesprächen geklärt werden müssen. Ist das so?“

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Genau so ist es. Das haben wir auch woanders gemacht. Die Lützellindener hätten gerne auch außen liegend ein Baugebiet. Da habe ich gesagt: Nein, das machen wir nicht, weil es auch nicht vertretbar ist, für alle Bürgerinnen und Bürger in der Gesamtheit, ich möchte es einfach nochmal betonen, um deutlich zu machen, dass wir uns das nicht einfach so ausgedacht haben, sondern dass es da wirtschaftliche Gründe für gibt, die auch nicht nur im städtischen Interesse, sondern im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sind.“

Herr Theiß:

„Aber auf der anderen Seite habe ich gesehen, auf dem Plan sind ja insgesamt nur 3 Baugebiete geprüft worden. Und 2 sind gleich 'ge-x-t' worden, eins war In der Roos. Um nochmal zu dem Antrag zu kommen, da ging es im Antrag um den Schwerpunkt In der Roos. Zum Beispiel, aber mit dem Hinweis darauf. Wir laufen jetzt in diesem Moment auf diesen Antrag hinaus In der Roos. Im Steinacker z. B. ist im nach hinein wahrscheinlich gar nichts mehr geprüft. Es ist ja auch in keinster Weise berücksichtigt worden, auf den Zeichnungen. Ich weiß nicht, ob das ein bisschen dadurch dann ein Scheuklappen-Effekt gehabt hat. Deshalb hatten wir auch damals die Diskussion über den Antrag.“

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Ich bin ein bisschen überrascht über die Debatte, weil in der Vergangenheit, da kann ich mich noch sehr gut daran erinnern, da war ich auch schon Stadtverordnete, deutlich war, dass es ein ökologisch wertvolles Gebiet ist und hier wird so zu sagen nachgefragt, ob es in dem Innenbereich, wo wir schon den Flächennutzungsplan als Bebauung haben, es größere Probleme gibt. Das ist schwierig. Und deshalb bitte ich darum, dass man das im Verfahren mit betrachtet. Weil die Außenfläche, das versuche ich nochmal deutlich zu machen, müssten wir ändern, den Flächennutzungsplan ändern, und da kommt immer die Frage rein, gibt es Möglichkeiten im Innenbereich zu entwickeln. Und wir haben Möglichkeiten im Innenbereich zu entwickeln, es wird sogar von der Planung aufgeführt, eben diese freien Bauplätze, da haben wir natürlich in anderen Stadtteilen auch noch mehr, und da sagen wir immer: Schaut, wir können da nicht ran, es ist Eigentum, wollen wir auch nicht, es soll, war ja auch die Voraussetzung, aber von der Planung wird es uns immer dann auch vorgehalten, eigentlich, dass wir erstmal auch mal versuchen müssten, die freien Bauplätze, die da sind, zu bebauen. Da verzichten wir dann doch darauf, vom Hintergrund ist das völlig klar, dass für überhaupt gar keine Mittel haben, da zu einer Bebauung zu kommen. Gleichwohl man ganz abstrakt sagen muss, es ist schwierig für die Allgemeinheit, weil die Infrastruktur, für diese freien Flächen, haben wir ja überall geschaffen. Es ist aber keiner, der da bebaut hat, es ist kein Gebührenzahler für den Kanal, kein Gebührenzahler für's Wasser, für alle Sachen und insofern wird das alles auf alle Anderen mit umgelegt. Das muss man einfach so ein bisschen im Hinterkopf haben.“

Wir haben jetzt ja ein Teil des Berichtes gegeben und die anderen Dinge werden im Verfahren, also ich weiss nicht, Frau Flacke, wann wir einen Einleitungsbeschluss machen können, weil wir können diese anderen Dinge ja nur im Verfahren betreiben und so bitte ich dann auch diese Planungen und die Zuschnitte wirklich nur als einen

Entwurf zu sehen, weil üblicherweise in früheren Jahren hätten wir einen Einleitungsbeschluss ohne irgendeinen Entwurf rausgegeben und dann wären wir erst rausgegangen. Also nur, damit es da keine falschen Vorstellungen gibt, nur weil wir jetzt im Magistrat und Stadtverordnetenversammlung dann in der übernächsten Sitzungsrunde vielleicht schaffen wir das in der übernächsten?“

Frau Flacke:

„Es ist auch in der nächsten denkbar.“

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Gut. Weil es ja nur der Einleitungsbeschluss ist, mit den Vorlagen. Da muss ja nichts richtig sein, also abgewogen, sondern das ist ja nur, das hier das Verfahren beginnt, das nicht bedeutet, dass dann genau das gemacht wird. Sondern, dass das wirklich einfach nur ein Einleitungsbeschluss ist. Nur, dass das für alle klar ist.“

Frau Victor:

„Also ich denke, da brauchen wir jetzt auch nicht mehr abzustimmen über diesen Antrag, denn meine Bitten entsprechend den Ausführungen sind ja jetzt heute hier alle soweit gegeben, nach dem Stand des Verfahrens. Das ist ok, also das brauch auch jetzt dann auch nicht mehr abgestimmt zu werden. Ich denke, das ist für mich somit erledigt. Aber wenn es formal noch abgestimmt werden soll? Nein? Gerne, aber für mich ist es jetzt an der Stelle zumindestens als erledigt zu betrachten, zumindestens nach meinem gestellten Antrag.“

Beratungsergebnis: Zurückgezogen.

5. Stand der Überlegungen zur Zukunft der Gastronomie im Bürgerhaus

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, dass das Bürgerhaus bis September bewirtschaftet werde und sich auf die Ausschreibung hin nur der derzeitige Betreiber beworben habe. Aufgrund der Mitteilung, dass die Verhandlungen allerdings noch nicht abgeschlossen seien, bittet **Herr Becker** um einen erneuten Sachstandsbericht in der Sitzung des Ortsbeirates am 16. September 2014.

6. Standortkonzept für das Aufstellen von Altkleidercontainern im Stadtgebiet STV/2165/2014
- Antrag des Magistrats vom 05.05.2014 -

Antrag:

„Das Standortkonzept für Altkleidersammlungen in Gießen (Anlage 1) nebst Anlagen wird beschlossen.“

Begründung:

Die Stadt ist berechtigt, ihren Aufwand bei der Überwachung von Standorten für Altkleidersammlungen im öffentlichen Raum dadurch in Grenzen zu halten, dass sie die Anzahl derartiger Standorte im Stadtgebiet begrenzt (VG Düsseldorf Ur. v. 6.2.2001 – 16 K 4925/98 -, NVwZ 2001, 1191).

Der Magistrat hatte am 10.10.2011 beschlossen, dass die Stadt an 56 Standorten 70 Stellplätze für Altkleidercontainer auf öffentlichen Flächen vorhält (MAG/0373/2011). Für diese Plätze sind derzeit Verträge mit insgesamt fünf Verwertungsbetrieben geschlossen worden. Dabei handelt es sich um drei gewerbliche Sammler aus Marburg (22 Plätze mit 27 Containern), Limburg (4 Plätze mit 8 Containern) und Denkendorf (5 Plätze mit 7 Containern) und zwei gemeinnützige Sammler (DRK Kreisverband Gießen: 6 Plätze mit 7 Containern; Malteser Hilfsdienst, Mainz: 18 Plätze mit 21 Containern). Die mit diesen Organisationen abgeschlossenen Sondernutzungsverträge sind unbefristet, aber frei zum Monatsende kündbar.

Nunmehr gibt es Bewerbungen von Unternehmen um Standplätze im öffentlichen Verkehrsraum. Bei der rechtlichen Prüfung dieser Anträge hat sich herausgestellt, dass das bisherige Konzept überarbeitet werden muss.

Zum ersten dürfen die Standorte im öffentlichen Verkehrsraum, für die Sondernutzungserlaubnisse erteilt werden, nur nach straßenrechtlichen Gesichtspunkten ausgewählt werden. Die in Gießen vorhandenen Standorte wurden nach derartigen Gesichtspunkten ausgewählt. Sie sind für jeden Standort in der Anlage 2 zu dieser Vorlage dokumentiert.

Zum zweiten dürfen Anträge auf Nutzung dieser Standorte nur unter Berücksichtigung von straßenrechtlichen Gesichtspunkten entschieden werden (VG Gießen Ur. v. 2.11.2009 – 10 K 199/09 -, juris Rz. 21; VG Augsburg Ur. v. 4.8.2011 – 6 K 10.2022 -, juris Rz. 40; VG Braunschweig Ur. v. 10.2.2009 – 6 A 240/07 -, juris Rz. 21). Diese Gesichtspunkte müssen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden (OVG Lüneburg Beschl. v. 31.1.2013 – 7 LA 160/11 -, DVBl 2013, 454; VG Augsburg, a.a.O., Rz. 53; VG Braunschweig, a.a.O., Rz. 24). Dabei dürfen die Gesichtspunkte, ob der Bewerber gewerblich oder gemeinnützig arbeitet, und ob er bekannt und bewährt ist, nicht berücksichtigt werden (VG Gießen Ur. v. 14.12.2000 – 10 E 31/00 -, juris Rz. 35, 48).

Diesen Anforderungen soll die in Anlage 1 beigefügte Richtlinie gerecht werden. Sie legt die straßenrechtlichen Kriterien fest, nach denen die Standorte ausgewählt werden (§ 2 Abs. 2), und sie legt die Ermessensgründe fest, die bei der Auswahl von Bewerbern angewendet werden dürfen (§ 5 Abs. 2). Ferner sorgt sie durch die Befristung der Erlaubnisse dafür, dass jeder Interessent eine Chance auf eine Sondernutzungsgenehmigung hat (§ 3). In einem ersten Schritt sollen an den gegenwärtig 55 Standorten zusätzlich zu den bereits vorhandenen 70, weitere 10 Container zugelassen werden. Die betroffenen Standorte gehen aus Anlage 2 hervor (rote Kennzeichnung).

Die an den betreffenden Standorten bestehenden Sondernutzungsverträge sollen gekündigt und neu ausgeschrieben werden. Im Übrigen werden die Standorte

ausgeschrieben, wenn sie frei werden. Um Beschlussfassung wird gebeten.

Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich teilt ergänzend mit, dass die Aufstellung des zweiten Containers auf einer neuen Fläche geplant sei, damit keine Parkplätze am Bürgerhaus wegfallen. Das Foto des Standortes wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der kurzen Beratung gibt **Herr Becker** zu bedenken, dass es bei der Leerung des Containers (wg. des geringen Abstandes zum Fahrradständer) evtl. zu Problemen kommen könnte. Seiner Ansicht nach wäre es kein Problem, diesen zweiten Container direkt neben den ersten Container zu stellen, wenn dieser etwas nach hinten geschoben werde. Er bittet um Überprüfung.

Frau Wernert-Jahn wirft abschließend ein, dass sie es ziemlich übertrieben findet, dass diese Vorlage mit den vielen DIN A 3 Farbplänen an jeden Stadtverordneten und jedes Ortsbeiratsmitglied übersandt wurde. In Zukunft solle man doch bitte etwas sparsamer mit solchen Kopien umgehen, da man ja schließlich die Möglichkeit habe, solche Vorlagen per E-Mail zu übermitteln.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

7. **Bauernhof-/Waldkindergartengruppe in der Kita Rödgen** **OBR/2200/2014**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.05.2014 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, zu den folgenden Fragen zu berichten. Nach unseren Informationen soll zu Beginn des Kindergartenjahres 2014/15 eine Bauernhof-/Waldkindergartengruppe an der Kindertagesstätte Rödgen eingerichtet werden:

1. Soll diese Gruppe nur von Rödgener Kindern besucht werden oder ist eine Öffnung für den gesamten Bereich der Stadt Gießen vorgesehen? Wenn ja, in welchem Umfang?
2. Wie ist die Arbeit in dieser Gruppe strukturiert?
3. Gibt es Besonderheiten hinsichtlich der Kindertagesstättengebühr?
4. Welche Auswirkungen hat eine solche Gruppe auf die Aufnahmekapazität der Kindertagesstätte?
5. Wird diese Gruppe von den in der Kindertagesstätte vorhandenen Mitarbeiterinnen betreut werden?“

Begründung:

Ein solches zusätzliches Angebot bringt Veränderungen mit sich, über die der Ortsbeirat informiert sein sollte.

Herr Becker trägt den Antrag vor und erinnert dabei an die Angelegenheit „Kindertagesstätte Rödgen - Anbau und Umbau zum Familienzentrum“, zu dem er gerne einen Sachstandsbericht bzgl. der Entwicklung hätte.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**8. Berichtsantrag Sanierung Sportplatz
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.05.2014 -**

OBR/2205/2014

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, dem Ortsbeirat die weiter geplanten Maßnahmen zur Sanierung des Sportplatzes Rödgen darzustellen, da die bisherigen durchgeführten Maßnahmen nicht das Ziel der Trockenlegung des Platzes erreicht haben. Die Ansprüche aus Gewährleistungsmaßnahmen gegenüber dem Auftragnehmer der ausgeführten Arbeiten bitten wir vorzulegen.“

Begründung:

Nachdem die Sportplatzsanierung das Ziel hatte, den Platz gegen die eindringenden Oberflächenwasser, ausgehend von dem Hang am Ende des Sportplatzes zum Waldrand hin – nach einer Verlegung von Drainagen und erneuter Reparatur der durchgeführten Baumaßnahmen – den Platz trocken zu legen, ist eine weitere Gewährleistung erforderlich. Durch die in den letzten Wochen gefallenen Niederschläge, die nicht unbedingt wesentliche waren, steht der Platz weiterhin an der Problemzone weiterhin unter Wasser. Eine Sanierung des Sportplatzes war in erster Linie die Beseitigung der Problemzone und sollte durch die durchgeführte und geplante Maßnahme der Drainagen Verlegung auf dem gesamten Platz, incl. der Verkleinerung des Platzes zum Erfolg geführt werden. Leider ist dies bis heute nicht erreicht.

Frau Victor trägt den Antrag vor.

An der kurzen Beratung beteiligen sich die **Herren Döring** und **Theiß**.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**9. Einfahrt zur Gartenanlage an der L 3126
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.05.2014 -**

OBR/2206/2014

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, die Einfahrt zur Gartenanlage an der L3126 kurz nach dem Ortsende in Richtung Gießen so anzugleichen, dass Besitzer der Gärten auch mit ihrem Fahrzeug evtl. auch mit Anhänger diese Ein- und Ausfahrt problemlos befahren können.“

Begründung:

Nach der Erneuerung der L 3126 wurde die Straße dermaßen erhöht, dass eine Ein- bzw. Ausfahrt zu den Grundstücken kurz hinter dem Ortsausgang Richtung Gießen nicht mehr problemlos von Fahrzeugen befahren werden konnte. Die Höhe der neuen Fahrbahn lag um einiges höher und die Einfahrt wurde dadurch sehr steil, so dass die Fahrzeuge nun an der Einfahrt aufsetzen. Eine Ausfahrt wird noch erheblich schwieriger, da an einem sehr steilen Gelände angefahren werden muss.

Der Antrag wird von **Herrn Theiß** vorgetragen.

Auf Anregung von **Herrn Becker**, ändert die FW-Fraktion ihren Antrag wie folgt ab:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, *bei HessenMobil vorstellig zu werden*, um zu erreichen, dass die Einfahrt zur Gartenanlage an der L3126 kurz nach dem Ortsende in Richtung Gießen so angeglichen wird, dass Besitzer der Gärten auch mit ihrem Fahrzeug evtl. auch mit Anhänger diese Ein- und Ausfahrt problemlos befahren können.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**10. Hundekotstationen
- Antrag der FW-Fraktion vom 21.05.2014 -**

OBR/2208/2014

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, im Bereich der Spazierwege ‚Stolzer Morgen‘ und ‚Udersberg‘ die Aufstellung von Hundekotstationen (Beutelstation und Müllbehälter) zu veranlassen.“

Begründung:

Die Frequentierung dieser Wege durch Hundebesitzer ist sehr stark und man muss leider feststellen, dass ein Teil der Hundebesitzer zwar mit Hundekotbeutel ausgestattet ist, diese aber nach Aufnahme des Hundekots die Beutel an den Straßenrändern ablegt. Es sollte dafür Sorge getragen werden, dass in jedem Bereich zumindest jeweils eine Hundekotstation errichtet wird.

Nachdem der Antrag von **Frau Victor** vorgetragen wird, weist **Herr Döring** darauf hin, dass ein solcher Antrag bereits vor längerer Zeit von der SPD-Fraktion gestellt und im Ortsbeirat beschlossen wurde. Da der Ortsbeirat von

Seiten des Magistrats die Zwischennachricht bekam, dass eine endgültige Stellungnahme nach dem Projekt am Philosophenwald (spätestens Sommer) abgegeben werde, bittet er darum, diesen Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

In der folgenden Beratung weist **Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich** u. a. darauf hin, dass nach Beendigung des Projektes alle Ortsbeiräte eine Stellungnahme bekommen werden, worauf **Frau Victor** sich bereit erklärt, den Antrag der FW-Fraktion bis zur nächsten Ortsbeiratssitzung im September zurückzustellen.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

11. Mitteilungen und Anfragen

11.1 **Änderung der Öffnungszeiten der Verwaltungsstelle**

Ortsvorsteher Geißler teilt mit, dass sich die Öffnungszeiten der Verwaltungsstelle geändert haben, nämlich von montags und donnerstags auf dienstags und donnerstags. Die Information wurde im Aushang am Eingang des Bürgerhauses angebracht.

11.2 **Einweihung Sportplatz**

Bzgl. der Einweihungsfeier des Sportplatzes wirft **Ortsvorsteher Geißler** die Frage auf, warum der Ortsbeirat nicht zu der Einweihung eingeladen wurde.

Herr Theiß entschuldigt dies und erklärt, dass dieses Missgeschick leider durch einen Druckfehler passierte, da es sich bei der Einladung eigentlich um eine 'inoffiziellen Einweihungsfeier' handelte. Die offizielle Einweihung finde am 19. Juli statt, zu der noch gesonderte eingeladen werde.

11.3 **Busverbindung Linie 1- Umsteigemöglichkeit am Bürgerhaus nach 18:00 Uhr**

Frau Wernert-Jahn erklärt, dass sich schon einige Bürger bei ihr beschwert haben, da es wohl vermehrt vorkomme, dass es bei dem stattfindenden Fahrzeugtausch der Linie 1 nach 18:00 Uhr am Bürgerhaus Probleme gebe. Der neu eingesetzte Bus sei schon abgefahren, wenn sich der Bus verspäte und dieser befördere die Fahrgäste dann nicht bis zur Haltestelle Bärner Straße.

Da dies eine unzumutbare Situation sei, bittet Sie um Stellungnahme, wie häufig dieser Buswechsel vorkomme und wie man dieses Problem beheben könne.

11.4 Buswartehäuschen Bärner Straße

Herr Becker dankt dem Magistrat, insbesondere Herrn Pausch, für die Aufstellung des Buswartehäuschens in der Bärner Straße.

11.5 Abgebaute Ruhebänke am Waldrand 'Stolzer Morgen'

Nachdem sich **Herr Theiß** auf die abgebauten Ruhebänke am Waldrand 'Stolzer Morgen' bezieht, hätte er gerne gewusst, ob dort für Ersatz gesorgt werde.

11.6 Sitzungstermin für die Haushaltsplanberatung 2015

Herr Becker schlägt folgende zwei Termine für die Haushaltsplanberatung vor mit der Bitte, diese intern in den Fraktionen zu besprechen.

18. November und 16. Dezember

12. Bürgerfragestunde

12.1 Parkmarkierungen in der Rosengasse

Auf Anfrage eines Bürgers bzgl. der noch anzubringenden Parkmarkierungen erklärt Herr Pausch, dass noch ein kleiner Modifizierungsbedarf bestehe und man, bevor die endgültigen Markierungen ausgeführt werden, dies noch mal mit den Anliegern erörtern möchte.

12.2 Baugebiet In der Roos

Eine Bürgerin trägt ihre Meinung zum geplanten Baugebiet In der Roos vor, wonach Frau Bürgermeisterin Weigel-Greilich in der nachfolgenden Beratung auftretende Fragen einzelner Bürger beantwortet. Abschließend weist sie darauf hin, dass alle Fragen im Rahmen des ordentlichen Verfahrens beim Stadtplanungsamt eingereicht werden können.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher Geißler die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am **Dienstag, 16. September 2014, um 19:30 Uhr**, statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 08. September 2014, 9:00 Uhr.

DER ORTSVORSTEHER:

(gez.) Geißler

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Braungart